



Bericht

der Landesregierung

Bericht der Landesregierung zum Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2019

Federführend ist das Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

1. Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2019

Die Europäische Kommission legt grundsätzlich im 4. Quartal eines Jahres ihr Arbeitsprogramm für das folgende Jahr vor. Das Programm umfasst die politischen Prioritäten und die von der Europäischen Kommission geplanten Initiativen.

Das Arbeitsprogramm der Kommission für 2019 steht unter dem Titel „Versprechen einlösen und unsere Zukunft gestalten“. Wie bei allen Arbeitsprogrammen der aktuellen Kommission wird inhaltlich vor allem Bezug genommen auf die Umsetzung der zehn politischen Prioritäten, die Kommissionspräsident Juncker zu Beginn seiner Amtsperiode vorgelegt hat. Im Arbeitsprogramm weist die Kommission darauf hin, dass alle zugesagten Legislativvorschläge, die zur Umsetzung dieser Prioritäten in den Jahren 2014-2019 erforderlich sind, auch vorgelegt worden seien. Dabei sei bei fast der Hälfte dieser Vorschläge eine Einigung mit dem Europäischen Parlament und dem Rat erzielt worden, während weitere 20 % sich in einer fortgeschrittenen Phase des Gesetzgebungsverfahrens befänden.

Im Arbeitsprogramm für 2019 hat die Kommission nur eine begrenzte Zahl von neuen Initiativen vorgelegt, die sämtlich an den vorgenannten „zehn politischen Prioritäten“ orientiert sind.

Die Schwerpunkte des Arbeitsprogramms umfassen u. a. die Themenbereiche

- Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen
- Digitaler Binnenmarkt, Energie- und Klimaschutzpolitik
- Vertiefter und fairerer Binnenmarkt mit gestärkter industrieller Basis
- Vertiefte und fairere Wirtschafts- und Währungsunion
- Ausgewogene und fortschrittliche Handelspolitik
- Rechtsstaatlichkeit, Migrationspolitik.

Die Kommission schlägt insgesamt 15 neue Initiativen vor (Annex 1). Sie kündigt zudem die Überprüfung zentraler Aspekte bestehender Rechtsvorschriften („REFIT-Initiativen“) (Annex 2) sowie die Rücknahme einer Reihe von Vorschlägen (Annex 4) sowie die Aufhebung überholter Rechtsakte (Annex 5) an.

In Annex 3 werden darüber hinaus mehr als 80 vorrangig anhängige Legislativvorschläge bzw. Legislativpakete aufgeführt, die nach Ansicht der Kommission noch bis Mai 2019 von Europäischem Parlament und Rat abschließend beraten werden sollten.

2. Landespolitische Auswertung und Verfahren zur Zusammenarbeit mit dem Landtag

Auf der Grundlage der „*Vereinbarung zwischen dem Landtag Schleswig-Holstein und der Landesregierung Schleswig-Holstein über die Konsultation des Landtags im Rahmen der Subsidiaritätsprüfung nach Artikel 6 bis 8 des Protokolls zum Vertrag von Lissabon über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit sowie über die Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union*“ (Drs. 17/1849 neu) wird das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission dem Landtag zugeleitet.

Der Bericht der Landesregierung zum Arbeitsprogramm der Kommission wird entsprechend Drs. 18/628 in der Sitzung des Landtages im Januar gegeben (als Teil A des jährlich vorzulegenden Europaberichts).

Im Rahmen halbjährlich durchzuführender gemeinsamer Sitzungen identifizieren Landtag und Landesregierung einvernehmlich diejenigen Vorhaben der Europäischen Kommission, die für das Land von erheblicher landespolitischer Bedeutung sind und wesentliche Interessen des Landes unmittelbar berühren. Die Landesregierung übermittelt zu diesen Vorhaben, sobald zu ihnen konkrete Vorschläge von der Kommission vorgelegt werden, schriftliche Auswertungen an den Landtag.

3. Liste der von der Landesregierung identifizierten landespolitisch relevanten Maßnahmen

Die Liste der Maßnahmen, die voraussichtlich von herausgehobener landespolitischer Bedeutung sind, soll insbesondere einen frühzeitigen Abgleich von Prioritäten und die Sicherstellung einer Positionierung des Landes in Bezug auf Vorhaben der

Kommission gewährleisten. Sie stellt zugleich eine Grundlage für die Abstimmung mit dem Landtag dar, zu welchen konkreten Kommissionsvorschlägen – nach deren Vorlage – die Landesregierung dem Landtag eine Auswertung und ggf. weitere Informationen übermitteln wird.

Die Ergebnisse dieser Auswertungen werden sowohl in das Bundesratsverfahren wie auch in weitere Maßnahmen der Interessenvertretung des Landes einfließen.

Aufgrund der allgemein und äußerst knapp gehaltenen Darstellung der einzelnen Initiativen im Arbeitsprogramm der Kommission für das Jahr 2019 ist eine detaillierte Abschätzung der Folgewirkungen für Schleswig-Holstein gegenwärtig nur bedingt möglich.

Folgende Maßnahmen wurden von der Landesregierung identifiziert und sollen als Grundlage für die weitere Abstimmung mit dem Landtag dienen:

Anhang I: neue Initiativen

Nr. AP KOM	Politisches Ziel	Initiativen
2.	Eine nachhaltige Zukunft Europas	Reflexionspapier „Auf dem Weg zu einem nachhaltigen Europa bis 2030 – Follow-up der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung einschließlich des Pariser Klimaschutzübereinkommens“ (nicht legislativ, Q4/2018)
3.	Vollendung des digitalen Binnenmarkts	Koordinierter Plan zur Entwicklung künstlicher Intelligenz in Europa (nicht legislativ, Q4/2018); Aktionsplan gegen Desinformation (nicht legislativ, Q4/2018); Empfehlung der Kommission zur Entwicklung eines europäischen Austauschformats für elektronische Patientenakten (nicht legislativ, Q1/2019)
4.	Umsetzung des Pariser Übereinkommens	Strategie zur langfristigen Verringerung der Treibhausgasemissionen der EU nach Maßgabe des Übereinkommens von Paris (im Vorfeld der Klimakonferenz in Kattowitz vom 3. bis 14. Dezember) (nicht legislativ, Q4/2018)
10.	Steigerung der Effizienz der Binnenmarkt-Gesetzgebung	Eine effizientere Rechtsetzung im Steuerbereich: Ermittlung möglicher Bereiche für einen Übergang zur Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit (nicht legislativ, Q1/2019)
12.	Rechtsstaatlichkeit	Weiterer Ausbau des EU-Rahmens zur Stärkung des Rechtsstaatsprinzips von 2014 (nicht legislativ, Q1/2019)

Anhang II: REFIT-Initiativen¹

Nr. AP KOM	Bezeichnung	Beschreibung
1.	Eignungsprüfung der Wasserrahmenrichtlinie und der Hochwasserrichtlinie in Verbindung mit der Bewertung der Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser	Die Wasserrahmenrichtlinie (2000/60/EG) ist das umfassendste Instrument im Bereich der EU-Wasserpolitik; ihr Hauptziel ist der Schutz der Wasserressourcen der EU sowie deren guter Zustand. Im Zuge der Eignungsprüfung werden neben dieser Richtlinie zwei weitere, direkt mit dieser in Verbindung stehende Richtlinien (Richtlinie 2006/118/EG zum Schutz des Grundwassers und Richtlinie 2008/105/EG über Umweltqualitätsnormen) sowie die Hochwasserrichtlinie (2007/60/EG) evaluiert, die maßgeblich zur Einführung eines unionsweiten Risikomanagementkonzepts für Überschwemmungen beigetragen hat. Die Richtlinie 91/271/EWG über die Behandlung von kommunalem Abwasser ist eng mit der Wasserrahmenrichtlinie verbunden, da sie maßgeblich zur Erreichung derer Ziele beiträgt.
5.	Bewertung der Bauprodukteverordnung	Gegenstand dieser Bewertung ist die Untersuchung des Zulassungsverfahrens und insbesondere das duale System zur Zulassung von Wirkstoffen auf EU-Ebene und Pflanzenschutzmitteln auf nationaler Ebene, die Verzögerungen bei der Markteinführung, die gegenseitige Anerkennung auf nationaler Ebene, das Vergleichssystem im Hinblick auf eine Substitution durch weniger gefährliche Stoffe, das System zur Festlegung von Höchstgehalten an Rückständen sowie die Umsetzung und Kosten des Systems. Die Bewertung erstreckt sich auf die Verordnungen (EG) Nr. 1107/2009 und (EG) Nr. 396/2005. Im Zuge dieser Bewertung werden die Fragen geprüft, die von der am 7. Juni 2017 angenommenen Stellungnahme der REFIT-Plattform zur Vorlage XI.10.a „Mehrfach nutzbare/aus mehreren Quellen stammende Stoffe – Chlorat“ aufgeworfen wurden

¹ Dieser Anhang enthält die wichtigsten Bewertungen und Eignungsprüfungen, die wir durchführen werden, einschließlich der Evaluierungsarbeiten zur Weiterbehandlung der Stellungnahmen der REFIT-Plattform.

Anhang III: Vorrangige anhängige Vorschläge

Nr. AP KOM	Vorschlag	Genauere Bezeichnung ²	Nummer des Vorschlags
4.	Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen*	COM(2015) 615 final 2015/0278 (COD) 2.12.2015
5.	Mehrfähriger Finanzrahmen	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES RATES zur Festlegung des Mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2021 bis 2027	COM(2018) 322 final 2018/0132 (APP) 2.5.2018
		Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+)	COM(2018) 382 final 2018/0206 (COD) 30.5.2018
		Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES mit Vorschriften für die Unterstützung der von den Mitgliedstaaten im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik zu erstellenden und durch den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) zu finanzierenden Strategiepläne (GAP-Strategiepläne) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates	COM(2018) 392 final 2018/0216 (COD) 1.6.2018
		Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds	COM(2018) 476 final 2018/0254 (COD) 13.6.2018
		Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Einrichtung von „Erasmus“, dem Programm der Union für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport, und zur Aufhebung der Verordnung (EU)	COM(2018) 367 final 2018/0191 (COD) 30.5.2018

² * = Der Vorschlag ist in der Gemeinsamen Erklärung über die Gesetzgebungsprioritäten der EU für 2018 und 2019 aufgeführt, die die Präsidenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission unterzeichnet haben.

** = Prioritäre Dossiers des Arbeitsprogramms der Kommission für 2018 und der Absichtserklärung 2018

Nr. AP KOM	Vorschlag	Genauere Bezeichnung ²	Nummer des Vorschlags
		Nr. 1288/2013	COM(2018) 375 final 2018/0196 (COD) 29.5.2018
15.	Paket zu Mobilität und Klimaschutz	<p>Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES mit gemeinsamen Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds Plus, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit Haushaltsvorschriften für diese Fonds und für den Asyl- und Migrationsfonds, den Fonds für die innere Sicherheit und das Instrument für Grenzmanagement und Visa</p> <p>Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und den Kohäsionsfonds</p> <p>Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über besondere Bestimmungen für das aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung sowie aus Finanzierungsinstrumenten für das auswärtige Handeln unterstützte Ziel „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ (Interreg)</p> <p>Vorschlag für eine VERORDNUNG DES RATES über das Programm der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschung und Ausbildung (2021-2025) in Ergänzung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont Europa“</p> <p>Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Aufstellung des Programms „Digitales Europa“ für den Zeitraum 2021–2027</p> <p>Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Festlegung von CO2-Emissionsnormen für neue schwere Nutzfahrzeuge**</p> <p>Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Festsetzung von Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen und neue leichte Nutzfahrzeuge im Rahmen des Gesamtkonzepts der Union zur Verringerung der CO2-Emissionen von Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 (Neufassung)*</p>	COM(2018) 372 final 2018/0197 (COD) 30.5.2018
			COM(2018) 437 final 2018/0226 (NLE) 7.6.2018
			COM(2018) 434 final 2018/0227 (COD) 6.6.2018
			COM(2018) 284 final 2018/0143 (COD) 17.5.2018
			COM(2017) 676 final 2017/0293 (COD) 8.11.2017

Nr. AP KOM	Vorschlag	Genauere Bezeichnung ²	Nummer des Vorschlags
17.	Paket „Saubere Energie“	<p>Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über die Risikoversorge im Elektrizitätssektor und zur Aufhebung der Richtlinie 2005/89/EG*</p> <p>Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Gründung einer Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (Neufassung)*</p> <p>Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über den Elektrizitätsbinnenmarkt (Neufassung)*</p> <p>Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES mit gemeinsamen Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt (Neufassung)*</p>	<p>COM(2016) 862 final 2016/0377 (COD) 30.11.2016</p> <p>COM(2016) 863 final 2016/0378 (COD) 30.11.2016</p> <p>COM(2016) 862 final 2016/0377 (COD) 30.11.2016</p> <p>COM(2016) 864 final 2016/0380 (COD) 30.11.2016</p>
18.	Paket „Europa in Bewegung“	<p>Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 561/2006 hinsichtlich der Mindestanforderungen in Bezug auf die maximalen täglichen und wöchentlichen Lenkzeiten, Mindestfahrtunterbrechungen sowie täglichen und wöchentlichen Ruhezeiten und der Verordnung (EU) Nr. 165/2014 in Bezug auf die Positionsbestimmung mittels Fahrtenstreifen**</p> <p>Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über die Interoperabilität elektronischer Mautsysteme und die Erleichterung des grenzüberschreitenden Informationsaustauschs über die Nichtzahlung von Straßenbenutzungsgebühren in der Union (Neufassung) (Text von Bedeutung für den EWR)*</p>	<p>COM(2017) 277 final 2017/0122 (COD) 31.5.2017</p> <p>COM(2017) 280 final 2017/0128 (COD) 31.5.2017</p>
28.	Offenlegung von Ertragsteuerinformationen	<p>Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Richtlinie 2013/34/EU im Hinblick auf die Offenlegung von Ertragsteuerinformationen durch bestimmte Unternehmen und Zweigniederlassungen**</p>	<p>COM(2016) 198 final 2016/0107 (COD) 12.4.2016</p>
30.	Soziale Dimension des Binnenmarktes	<p>Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Errichtung einer Europäischen Arbeitsbehörde**</p>	<p>COM(2018) 131 final 2018/0064 (COD) 13.3.2018</p>

Nr. AP KOM	Vorschlag	Genauere Bezeichnung ²	Nummer des Vorschlags
31.	Gemeinsames Mehrwertsteuersystem: Sonderregelung für Kleinunternehmen	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES RATES zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem in Bezug auf die Sonderregelung für Kleinunternehmen**	COM(2018) 21 final 2018/0006 (CNS) 18.1.2018
32.	Faire Besteuerung	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES RATES zum gemeinsamen System einer Digitalsteuer auf Erträge aus der Erbringung bestimmter digitaler Dienstleistungen**	COM(2018) 148 final 2018/0073 (CNS) 21.3.2018
33.	Paket zur Mehrwertsteuerreform	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES RATES zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG in Bezug auf die Harmonisierung und Vereinfachung bestimmter Regelungen des Mehrwertsteuersystems und zur Einführung des endgültigen Systems der Besteuerung des Handels zwischen Mitgliedstaaten**	COM(2017) 569 final 2017/0251 (CNS) 4.10.2017
34.	Gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES RATES zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 904/2010 hinsichtlich des zertifizierten Steuerpflichtigen**	COM(2017) 567 final 2017/0248 (CNS) 4.10.2017
55.	Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in der Europäischen Union	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES RATES über eine Gemeinsame Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage**	COM(2016) 683 final 2016/0336 (CNS) 25.10.2016
62.	Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Schaffung eines Rahmens für die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in der Europäischen Union*	COM(2016) 685 final 2016/0337 (CNS) 25.10.2016
62.	Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte <i>Ein Beitrag der Europäischen Kommission zur Tagung der Staats- und Regierungschefs vom 19.–20. September 2018 in Salzburg**</i>	COM(2017) 487 final 2017/0224 (COD) 13.9.2017

**Auswertung des Arbeitsprogramms
der Europäischen Kommission 2019:**

**Arbeitsprogramm 2019 der Kommission „Ver-
sprechen einlösen und unsere Zukunft gestal-
ten“**

– COM(2018) 800 vom 23.10.2018 –

durch das Hanse-Office,
die Gemeinsame Vertretung von Hamburg und
Schleswig-Holstein in Brüssel

Einleitung

Am 23. Oktober 2018 hat die Europäische Kommission (KOM) ihr Arbeitsprogramm für das Jahr 2019 im Rahmen einer Mitteilung veröffentlicht (AP KOM). Das Programm mit dem Titel „*Arbeitsprogramm der Kommission für 2019: Versprechen einlösen und unsere Zukunft gestalten*“ ist das letzte reguläre Programm der Kommission Juncker, deren Amtszeit 2019 enden wird.

Die KOM unterstreicht, dass sie seit Beginn ihres Mandats alle Legislativvorschläge vorgelegt habe, die für einen positiven Wandel in den Bereichen ihrer bekannten 10 Prioritäten im Zeitraum 2014 – 2019 erforderlich seien. Bei fast der Hälfte dieser Vorschläge sei eine Einigung mit dem Europäischen Parlament erzielt worden, weitere 20 % befänden sich in einer fortgeschrittenen Phase des Gesetzgebungsverfahrens. Damit sich die am Gesetzgebungsprozess beteiligten Parteien weiterhin auf die bereits vorliegenden Vorschläge konzentrieren können und vor dem Hintergrund des knappen Zeitraums, der bis zur Neuwahl des Europäischen Parlaments verbleibt, hat die KOM unter dem „*Annex I – neue Initiativen*“ nur eine geringe Anzahl neuer Initiative in den Politikbereichen vorgelegt, die nach Einschätzung der KOM ein kollektives und entschlossenes Vorgehen erfordern. Dies sind die Bereiche Migration, Wirtschafts- und Währungsunion, Brexit, die Bewältigung der Spannungen im Welthandelssystem und die Behandlung des Problems der anhaltenden Gefährdung der Rechtsstaatlichkeit in einigen EU-Mitgliedstaaten.

Zusätzlich kündigt die KOM an, im Vorfeld des Gipfels in Hermannstadt (Sibiu), Rumänien, am 9. Mai 2019 eine Reihe von zukunftsorientierten Beiträgen zur Vorbereitung des Gipfels zu veröffentlichen. Sie unterstreicht die Bedeutung, die einer Verabschiedung des künftigen Mehrjährigen Finanzrahmens nach 2020 zukommt.

Vor diesem Hintergrund umfasst das AP KOM 2019 insgesamt 15 neue Initiativen und zehn REFIT-Evaluierungen. Zusätzlich kündigt die KOM an, noch vor Ende des Jahres 2018 eine Reihe von delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten vorzulegen, die im Zusammenhang mit den Vorbereitungen auf den Brexit notwendig seien. Darüber hinaus würden bei Bedarf gegebenenfalls weitere Maßnahmen vorgeschlagen.

Insgesamt 45 bereits in den Vorjahren vorgeschlagene Maßnahmen werden als besonders vorrangig eingestuft („Anhang III: Vorrangige anhängige Vorschläge“). Sie sollen noch vor den Wahlen zum Europaparlament im Mai 2019 durch Rat und Europäisches Parlament angenommen werden. Der größte Teil dieser Maßnahmen steht im Kontext des neuen Mehrjährigen Finanzrahmens sowie der damit einhergehenden

Neuaufstellung der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds, der Kapitalmarktunion, der Bankenunion und der Wirtschafts- und Währungsunion.

Das Hanse-Office hat die aus Sicht der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg wichtigsten Vorhaben aus den unterschiedlichen Politikbereichen zusammengestellt. Dabei umfasst die vorgenommene Auswertung neue Initiativen (Anhang 1), REFIT-Maßnahmen (Anhang 2) und vorrangige anhängige Vorschläge (Anhang 3). Die Schwerpunktsetzung gibt die Einschätzung aus heutiger Sicht wieder. Im Laufe eines Jahres ergeben sich erfahrungsgemäß Ergänzungen oder Änderungen durch neue Herausforderungen oder neue politische Entwicklungen.

Besonders hervorzuheben ist zudem, dass im Gegensatz zu den Auswertungen der bisherigen Arbeitsprogramme der Kommission in diesem Jahr eine zusätzliche Rubrik eingeführt worden ist, die diejenigen Vorschläge umfasst, die vor dem Hintergrund des Brexit bedeutend sind.

1. Politikbereich „Finanzen“

Wie zuletzt in der Rede zur Lage der Union angekündigt, setzt die Kommission Juncker im Bereich Finanzen ihre politische Arbeit im Bereich der Stärkung von Investitionen, einer effizienteren Rechtssetzung im Steuerbereich sowie der Stärkung der internationalen Rolle des Euro fort. Zentraler Diskussionspunkt dürfte bis auf weiteres der Vorschlag für einen Mehriährigen Finanzrahmen (MFR) 2021-2027 sein. Eine von der KOM geplante Verabschiedung bis zu den Europawahlen erscheint derzeit kaum wahrscheinlich.

Annex I: Neue Initiativen		
Nr. AP KOM	Bezeichnung	Gegenstand und Ziele
1.	Wiederankurbelung der Investitionstätigkeit in Europa	Mitteilung über die Investitionsoffensive für Europa: Bestandsaufnahme und weitere Schritte (nicht legislativ, Q4/2018)
10.	Steigerung der Effizienz der Binnenmarktgesetzgebung	Eine effizientere Rechtssetzung im Steuerbereich: Ermittlung möglicher Bereiche für einen Übergang zur Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit (nicht legislativ, Q1/2019);
11.	Stärkung der internationalen Rolle des Euro	Mitteilung zur Stärkung der internationalen Rolle des Euro (nicht legislativ, Q4/2018)

Annex II: REFIT-Initiativen			
Nr. AP KOM	Bezeichnung	Voller Titel	Referenz

7.	Eignungsprüfung der aufsichtlichen Berichterstattung	Im Zuge dieser Eignungsprüfung werden die aus den EU-Finanzdienstleistungsvorschriften (z. B. Eigenmittelverordnung (CRR) und vierte Eigenkapitalrichtlinie (CRD IV), Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID II) und Verordnung über Märkte für Finanzinstrumente (MiFIR), Verordnung über europäische Marktinfrastrukturen (EMIR) etc.) erwachsenden sektorübergreifenden Berichterstattungsanforderungen an Aufsichtsbehörden untersucht. Die Eignungsprüfung stellt eine Reaktion auf die am 27. Juni 2016 angenommene Stellungnahme der REFIT-Plattform zur Vorlage X.13.a dar.	(2008/48/EG), (2002/65/EG)
10.	Verbraucherkredite (Richtlinie 2008/48/EG) und Fernabsatz von Finanzdienstleistungen an Verbraucher (Richtlinie 2002/65/EG)	Im Zuge der Bewertung der Richtlinie 2008/48/EG und der Richtlinie 2002/65/EG werden die Funktionsweisen des Markts für Verbraucherkredite sowie des Fernabsatzes von Finanzdienstleistungen für Privatkunden untersucht. In der Bewertung zum Markt für Verbraucherkredite werden insbesondere die Fragen geprüft, die von der am 21. September 2017 angenommenen Stellungnahme der REFIT-Plattform zu den Vorlägen VI.4.a-f aufgeworfen wurden.	

Annex III: Vorrangige anhängige Vorschläge

Nr. AP KOM	Bezeichnung	Voller Titel	Referenz
1.	Mehrfähriger Finanzrahmen	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Aufstellung des Programms „InvestEU“	COM(2018) 439 final 2018/0229 (COD) 6.6.2018
		Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Festlegung von Durchführungsmaßnahmen für das Eigenmittelsystem der Europäischen Union	COM(2018) 327 final 2018/0132 (APP) 2.5.2018
		Vorschlag für einen Beschluss des Rates über das Eigenmittelsystem der Europäischen Union	COM(2018) 325 final 2018/0135 (CNS) 2.5.2018
		Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1553/89 über die endgültige einheitliche Regelung für die Erhebung der Mehrwertsteuererzeugnisse	COM(2018) 328 final 2018/0133 (NLE) 2.5.2018

Nr. AP KOM	Bezeichnung	Voller Titel	Referenz
		Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Festlegung der Methoden und Verfahren für die Bereitstellung der Eigenmittel, die auf der gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage, dem Emissionshandelssystem der Europäischen Union und nicht wiederverwerteten Verpackungsabfällen aus Kunststoff basieren, sowie der Maßnahmen zur Bereitstellung der erforderlichen Kassenmittel	COM(2018) 326 final 2018/0131 (NLE) 2.5.2018
		Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Festlegung des Mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2021 bis 2027	COM(2018) 322 final 2018/0132 (APP) 2.5.2018
20.	Paket zum nachhaltigen Finanzwesen	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen	COM(2018) 353 final 2018/0178 (COD) 24.5.2018
		Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Offenlegung von Informationen über nachhaltige Investitionen und Nachhaltigkeitsrisiken sowie zur Änderung der Richtlinie (EU) 2016/2341	COM(2018) 354 final 2018/0179 (COD) 24.5.2018
		Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2016/1011 in Bezug auf Referenzwerte für CO ₂ -arme Investitionen und Referenzwerte für Investitionen mit günstiger CO ₂ -Bilanz	COM(2018) 355 final 2018/0180 (COD) 24.5.2018
28.	Offenlegung von Ertragsteuerinformationen	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2013/34/EU im Hinblick auf die Offenlegung von Ertragsteuerinformationen durch bestimmte Unternehmen und Zweigniederlassungen	COM(2016) 198 final 2016/0107 (COD) 12.4.2016
31.	Gemeinsames Mehrwertsteuersystem: Sonderregelung für Kleinunternehmen	Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem in Bezug auf die Sonderregelung für Kleinunternehmen	COM(2018) 21 final 2018/0006 (CNS) 18.1.2018
32.	Faire Besteuerung	Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zum gemeinsamen System einer Digitalsteuer auf Erträge aus der Erbringung bestimmter digitaler Dienstleistungen	COM(2018) 148 final 2018/0073 (CNS) 21.3.2018
		Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Festlegung von Vorschriften für die Unternehmensbesteuerung einer signifikanten digitalen Präsenz	COM(2018) 147 final 2018/0072 (CNS)

Nr. AP KOM	Bezeichnung	Voller Titel	Referenz
33.	Paket zur Mehrwertsteuerreform	Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG in Bezug auf die Harmonisierung und Vereinfachung bestimmter Regelungen des Mehrwertsteuersystems und zur Einführung des endgültigen Systems der Besteuerung des Handels zwischen Mitgliedstaaten	21.3.2018 COM(2017) 569 final 2017/0251 (CNS) 4.10.2017
34.	Gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage	Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 904/2010 hinsichtlich des zertifizierten Steuerpflichtigen Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über eine Gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB) Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über eine Gemeinsame Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage	COM(2017) 567 final 2017/0248 (CNS) 4.10.2017 COM(2016) 683 final 2016/0336 (CNS) 25.10.2016 COM(2016) 685 final 2016/0337 (CNS) 25.10.2016
48.	Bankenpaket	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 im Hinblick auf Verschuldungsquote, strukturelle Liquiditätsquote, Anforderungen an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten, Anforderungen an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Gegenparteien, Gegenparteaufwärtigkeit, Marktrisiko, Positionen gegenüber zentralen Berichts- und Offenlegungspflichtigen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 806/2014 in Bezug auf die Verlustabsorptions- und Rekapitalisierungsfähigkeit von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2014/59/EU in Bezug auf die Verlustabsorptions- und Rekapitalisierungsfähigkeit von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Richtlinien 98/26/EG, 2002/47/EG, 2012/30/EU, 2011/35/EU, 2005/56/EG, 2004/25/EG und 2007/36/EG Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2013/36/EU im Hinblick auf von der Anwendung ausgenommene	COM(2016) 850 final 2016/0360 (COD) 23.11.2016 COM(2016) 851 final 2016/0361 (COD) 23.11.2016 COM(2016) 852 final 2016/0362 (COD) 23.11.2016 COM(2016) 854 final 2016/0364 (COD)

Nr. AP KOM	Bezeichnung	Voller Titel	Referenz
50.	Europäisches Einlagenversicherungssystem	Unternehmen, Finanzholdinggesellschaften, gemischte Finanzholdinggesellschaften, Vergütung, Aufsichtsmaßnahmen und -befugnisse und Kapitalerhaltungsmaßnahmen	23.11.2016
		Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 806/2014 im Hinblick auf die Schaffung eines europäischen Einlagenversicherungssystems	COM(2015) 586 final 2015/0270 (COD) 24.11.2015

2. Politikbereich „Verkehr“

Die KOM kündigt an, dass die beiden umfangreiche Pakete „Europa in Bewegung“ und „Mobilität und Klimaschutz“ vorangebracht werden sollen, um Fortschritte bei der Entwicklung einer sicheren, emissionsfreien und digitalen Mobilität zu erzielen. Daher wird die KOM zum einen ihre Anstrengungen auf die im November 2017 vorgestellten Vorschläge für neue CO2-Normen für Personenkraftwagen sowie leichte und schwere Nutzfahrzeuge legen. Zum anderen soll das dritte Mobilitätspaket (Mai 2018) mit Vorschlägen für neue Sicherheitsanforderungen an Fahrzeuge und autonomes und energieeffizientes Fahren weiterverfolgt werden. Schwerpunkte liegen im Bereich des Landverkehrs auf schweren Kraftfahrzeugen. Des Weiteren werden vorrangig die Verteilung der EU-Mittel im nächsten MFR, insbesondere im Hinblick auf die Finanzierungsfazilität „Connecting Europe Facility“ und die rasche Umsetzung der transeuropäischen Verkehrsinfrastruktur (TEN-V) erarbeitet. Darüber hinaus werden die Anpassungen durch den Austritt des Vereinigten Königreichs und die Arbeiten zur Einrichtung eines Single-Window-Umfelds im Seeverkehr fortgesetzt.

Annex I: Neue Initiativen		
Nr. AP KOM	Bezeichnung	Gegenstand und Ziele
Nr. 4	Umsetzung des Pariser Übereinkommens	Strategie zur langfristigen Verringerung der Treibhausgasemissionen der EU nach Maßgabe des Übereinkommens von Paris (im Vorfeld der Klimakonferenz in Kattowitz vom 3. bis 14. Dezember) (nicht legislativ, Q4/2018).
Nr. 5	Vollendung der Energieunion	Vierter Bericht über die Lage der Energieunion (nicht legislativ, Q1/2019); Bericht über den Strategischen Aktionsplan für Batterien (nicht legislativ, Q1/2019).

Annex II: REFIT-Initiativen			
Nr. AP KOM	Bezeichnung	Voller Titel	Referenz

Nr. 2	Eignungsprüfung der Luftqualitätsrichtlinien	Im Zuge dieser Eignungsprüfung, die 2019 abgeschlossen sein dürfte, wird die Leistung der beiden EU-Luftqualitätsrichtlinien (2008/50/EG und 2004/107/EG) geprüft. Mit diesen Richtlinien werden EU-weit verbindliche Luftqualitätsnormen und weitere Anforderungen festgelegt, um zu gewährleisten, dass die Mitgliedstaaten die Luftqualität in ihrem Hoheitsgebiet in harmonisierter und vergleichbarer Weise überwachen und bewerten.	(2008/50/EG) + (2004/107/EG)
Annex III: Vorrangige anhängige Vorschläge			
Nr. AP KOM	Bezeichnung	Voller Titel	Referenz
Nr. 5	Mehrjähriger Finanzrahmen	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung der Fazilität „Connecting Europe“ und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 1316/2013 und (EU) 283/2014	COM(2018) 438 final 2018/0228 (COD) 6.6.2018
Nr. 15	Paket zu Mobilität und Klimaschutz	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung von CO2-Emissionsnormen für neue schwere Nutzfahrzeuge	COM(2018)284 final 2018/0143 (COD) 17.05.2018
		Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festsetzung von Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen und neue leichte Nutzfahrzeuge im Rahmen des Gesamtkonzepts der Union zur Verringerung der CO2-Emissionen von Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 (Neufassung)	COM(2017)676 final 2017/0293 (COD) 08.11.2017
		Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 über gemeinsame Regeln für den Zugang zum grenzüberschreitenden Personenkraftverkehrsmarkt	COM(2017)647 final 2017/0288 (COD) 08.11.2017
		Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 92/106/EWG über die Festlegung gemeinsamer Regeln für bestimmte Beförderungen im kombinierten Güterverkehr zwischen Mitgliedstaaten	COM(2017)648 final 2017/0290 (COD) 08.11.2017
		Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2009/33/EG über die Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge	COM(2017)653 final 2017/0291 (COD)

Nr. AP KOM	Bezeichnung	Voller Titel	Referenz
Nr. 18	Paket „Europa in Bewegung“	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Straffung von Maßnahmen zur rascheren Verwirklichung des transeuropäischen Verkehrsnetzes	08.11.2017
		Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung eines Single-Window-Umfelds für den europäischen Seeverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 2010/65/EU	COM(2018) 277 final 2018/0138 (COD) 17.5.2018
		Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über elektronische Frachtbeförderungsinformationen	COM(2018) 278 final 2018/0139 (COD) 17.5.2018
		Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/1/EG über die Verwendung von ohne Fahrer gemieteten Fahrzeugen im Güterkraftverkehr	COM(2018) 279 final 2018/0140 (COD) 17.5.2018
		Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 1999/62/EG über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge	COM(2017) 282 final 2017/0113 (COD) 31.5.2017
		Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/22/EG bezüglich der Durchsetzungsanforderungen und zur Festlegung spezieller Regeln im Zusammenhang mit der Richtlinie 96/71/EG und der Richtlinie 2014/67/EU für die Entsendung von Kraftfahrern im Straßenverkehrssektor	COM(2017) 275 final 2017/0114 (COD) 31.05.2017
		Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 561/2006 hinsichtlich der Mindestanforderungen in Bezug auf die maximalen täglichen und wöchentlichen Lenkzeiten, Mindestfahrunterbrechungen sowie täg-	COM(2017) 278 final 2017/0121 (COD) 31.05.2017
			COM(2017) 277 final 2017/0122 (COD) 31.5.2017

Nr. AP KOM	Bezeichnung	Voller Titel	Referenz
		lichen und wöchentlichen Ruhezeiten und der Verordnung (EU) Nr. 165/2014 in Bezug auf die Positionsbestimmung mittels Fahrtenschreibern	
		Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 und der Verordnung (EG) Nr. 1072/2009 im Hinblick auf ihre Anpassung an die Entwicklungen im Kraftverkehrssektor	COM(2017) 281 final 2017/0123 (COD) 31.5.2017
		Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die In-teroperabilität elektronischer Mautsysteme und die Erleichterung des grenzüberschreitenden Informationsaustauschs über die Nichtzahlung von Straßenbenutzungsgebühren in der Union (Neufassung) (Text von Bedeutung für den EWR).	COM(2017) 280 final 2017/0128 (COD) 31.5.2017
		Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 1999/62/EG über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge hinsichtlich bestimmter Vorschriften zu den Kraftfahrzeugsteuern	COM(2017) 276 final 2017/0115 (CNS) 31.5.2017

Vorbereitungen auf den Brexit

Nr. AP KOM	Bezeichnung	Voller Titel	Referenz
Nr. 6	Fazilität „Connecting Europe“ (2014-2020)	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1316/2013 im Hinblick auf den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Union.	COM(2018)568 final 2018/0299 (COD) 01.08.2018
Nr. 7	Gemeinsame Vorschriften und Normen für Schiffsüberprüfungs- und -besichtigungsorganisationen:	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 391/2009 im Hinblick auf den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Union.	COM(2018)567 final 2018/0298 (COD) 01.08.2018

3. Politikbereich „Wirtschaft“

Die KOM hebt mit Blick auf ihre Leitlinie eines vertieften und faireren Binnenmarkts mit gestärkter industrieller Basis hervor, dass Erhaltung, Stärkung und Vertiefung des Binnenmarkts eine fortlaufende Aufgabe darstellen. Hierzu soll noch in diesem Jahr eine Mitteilung vorgelegt werden. Um verbleibende Lücken zu schließen und die Mechanismen zu verbessern, hält sie eine Einigung über noch offene Legislativprojekte, insb. zum Waren- und Dienstleistungspaket (Notifizierung und Dienstleistungskarte), für sehr wichtig. Darüber hinaus sind von den als vorrangig abhängige Vorschläge genannten Maßnahmen in besonderem Maße das Warenpaket und die Vorschläge zum neuen MFR zu beachten, die einen Wirtschaftsforum betreffen. Sie betreffen die geplante Erweiterung der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO), Horizont Europa, das neue Binnenmarktprogramm, die Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds und, mit Blick auf die Kreativwirtschaft, das Programm Kreatives Europa. Von den REFIT-Initiativen ist für die Industrie der Fitness-Check der Wasserrahmenrichtlinie von Bedeutung. Bezugnehmend auf die Leitlinie einer ausgewogeneren und fortschrittlichen Handelspolitik hebt die KOM die Bedeutung zügiger Abschlüsse bzw. eines schnellen Inkrafttretens bilateraler Abkommen mit Japan, Singapur und Vietnam hervor. Bei den weiterhin laufenden Verhandlungen mit Chile, Mercosur, Australien und Neuseeland sollen schnell Fortschritte gemacht und Abschlüsse erreicht werden. Zudem drängt die KOM auf eine rasche Annahme ihrer Vorschläge zur Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen sowie zur Reform der Regeln für Güter mit doppeltem Verwendungszweck.

Annex I: Neue Initiativen		
Nr. AP KOM	Bezeichnung	Gegenstand und Ziele
8.	Ein fairer und zukunftssicherer Binnenmarkt	Mitteilung „Aufbau eines uneingeschränkt funktionierenden Binnenmarkts in einem sich rasch ändernden globalen Umfeld: Beseitigung von Hindernissen und Nutzung neuer Möglichkeiten zum Vorteil der Bürger und Unternehmen (nicht legislativ, Q4/2018)
10.	Steigerung der Effizienz der Binnenmarkt-Rechtsetzung	Eine effizientere Rechtsetzung im Steuerbereich: Ermittlung möglicher Bereiche für einen Übergang zur Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit (nicht legislativ, Q1/2019); Eine effizientere Rechtsetzung im sozialpolitischen Bereich: Ermittlung möglicher Bereiche für einen verstärkten Übergang zur Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit (nicht legislativ, Q1/2019)

Annex II: REFIT-Initiativen			
Nr. AP KOM	Bezeichnung	Voller Titel	Referenz
1.	Eignungsprüfung der Wasserrahmenrichtlinie und der Hochwasserrichtlinie in Verbindung mit der Bewertung der Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser	Die Wasserrahmenrichtlinie (2000/60/EG) ist das umfassendste Instrument im Bereich der EU-Wasserpolitik; ihr Hauptziel ist der Schutz der Wasserressourcen der EU sowie deren guter Zustand. Im Zuge der Eignungsprüfung werden neben dieser Richtlinie zwei weitere, direkt mit dieser in Verbindung stehende Richtlinien (Richtlinie 2006/18/EG zum Schutz des Grundwassers und Richtlinie 2008/105/EG über Umweltqualitätsnormen) sowie die Hochwasserrichtlinie (2007/60/EG) evaluiert, die maßgeblich zur Einführung eines unionsweiten Risikomanagementkonzepts für Überschwemmungen beigetragen hat. Die Richtlinie 91/271/EWG über die Behandlung von kommunalem Abwasser ist eng mit der Wasserrahmenrichtlinie verbunden, da sie maßgeblich zur Erreichung derer Ziele beiträgt.	(2000/60/EG), (2006/18/EG), (2008/105/EG), (2007/60/EG), RL 91/271/EWG
5.	Bewertung der Bauprodukteverordnung	Die Bewertung der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 geht auf die am 7. Juni 2017 angenommene Stellungnahme der REFIT-Plattform zur Vorlage XII.8.b, in der die Kommission er sucht wird, die zehnjährige Aufbewahrungspflicht für Leistungserklärungen unter Berücksichtigung der Unterschiede zwischen Einzelhändlern, die ihre Erzeugnisse an Unternehmen und/oder Verbraucher verkaufen, zu überprüfen, sowie auf die am 23. November 2017 angenommene REFIT-Stellungnahme zur Vorlage XII.8.c und die am 27./28. Juni 2016 angenommene REFIT-Stellungnahme zur Vorlage XII.8.a zurück.	Verordnung (EU) Nr. 305/2011

Annex III: Vorrangige anhängige Vorschläge

Nr. AP KOM	Bezeichnung	Voller Titel	Referenz
5.	Mehrjähriger Finanzrahmen	<p>Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Aufstellung des Programms über den Binnenmarkt, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, einschließlich der kleinen und mittleren Unternehmen, und die europäischen Statistiken und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 99/2013, (EU) Nr. 1287/2013, (EU) Nr. 254/2014, (EU) Nr. 258/2014, (EU) Nr. 652/2014 und (EU) 2017/826</p> <p>Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds</p> <p>Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das Programm Kreatives Europa (2021 bis 2027) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1295/2013</p> <p>Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2015/1588 des Rates vom 13. Juli 2015 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf bestimmte Gruppen horizontaler Beihilfen</p> <p>Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont Europa“ sowie über die Regeln für die Beteiligung und die Verbreitung der Ergebnisse</p> <p>Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont Europa“</p>	<p>COM(2018) 441 final 2018/0231 (COD)</p> <p>COM(2018) 476 final 2018/0254 (COD)</p> <p>COM(2018) 366 final 2018/0190 (COD)</p> <p>COM(2018) 398 final 2018/0222 (NLE)</p> <p>COM(2018) 435 final 2018/0224 (COD)</p> <p>COM(2018) 436 final 2018/0225 (COD)</p>

38.	Dienstleistungspaket	<p>Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Durchsetzung der Richtlinie 2006/123/EG über Dienstleistungen im Binnenmarkt, zur Festlegung eines Notifizierungsverfahrens für dienstleistungsbezogene Genehmigungsregelungen und Anforderungen sowie zur Änderung der Richtlinie 2006/123/EG und der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 über die Verwaltungszusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarkt-Informationssystems</p> <p>Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den rechtlichen und operativen Rahmen für die durch die Verordnung... [ESC Regulation] eingeführte Elektronische Europäische Dienstleistungskarte</p> <p>Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung einer Elektronischen Europäischen Dienstleistungskarte und entsprechender Verwaltungserleichterungen</p>	<p>COM(2016) 821 final 2016/0398 (COD)</p> <p>COM(2016) 823 final 2016/0402 (COD)</p> <p>COM(2016) 824 final 2016/0403 (COD)</p>
40.	Warenpaket	<p>Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung von Bestimmungen und Verfahren für die Konformität mit und die Durchsetzung von Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union für Produkte und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 305/2011, (EU) Nr. 528/2012, (EU) 2016/424, (EU) 2016/425, (EU) 2016/426 und (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Richtlinien 2004/42/EG, 2009/48/EG, 2010/35/EU, 2013/29/EU, 2013/53/EU, 2014/28/EU, 2014/29/EU, 2014/30/EU, 2014/31/EU, 2014/32/EU, 2014/33/EU, 2014/34/EU, 2014/35/EU, 2014/53/EU, 2014/68/EU und 2014/90/EU des Europäischen Parlaments und des Rates</p>	<p>COM(2017) 795 final 2017/0353 (COD)</p> <p>COM(2017) 796 final 2017/0354 (COD)</p>

41.	Paket zum Gesellschaftsrecht	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie (EU) 2017/1132 im Hinblick auf den Einsatz digitaler Werkzeuge und Verfahren im Gesellschaftsrecht	COM(2018) 239 final 2018/0113 (COD)
42.	Insolvenz- und Entschuldigungsverfahren	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über präventive Restrukturierungsrahmen, die zweite Chance und Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz von Restrukturierungs-, Insolvenz- und Entscheidungsverfahren und zur Änderung der Richtlinie 2012/30/EU	COM(2018) 241 final 2018/0114 (COD) COM(2016) 723 final 2016/0359 (COD)
55.	Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in der Europäischen Union	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in der Europäischen Union	COM(2017) 487 final 2017/0224 (COD)

Vorschläge zur Vorbereitung auf den Brexit

Nr. AP KOM	Bezeichnung	Voller Titel	Referenz
Annex III, Nr. 43.	Rechtsvorschriften der EU über die Typgenehmigung im Hinblick auf den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Union	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Ergänzung der Rechtsvorschriften der EU über die Typgenehmigung im Hinblick auf den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Union	COM(2018) 397 final 2018/0220 (COD)
Annex III, Nr. 57.	Zollkontingente in der WTO-Liste der Union nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Union	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Aufteilung der Zollkontingente in der WTO-Liste der Union nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Union und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 32/2000 des Rates	COM(2018) 312 final 2018/0158 (COD)

4. Politikbereich „Justiz“

Im Bereich Justiz wird in den kommenden Monaten der Abschluss der Verhandlungen über Initiativen zur Schaffung bzw. Vertiefung des (digitalen) Binnenmarktes (siehe auch „digitaler Binnenmarkt und Medien“ sowie „Verbraucherschutz“) im Vordergrund stehen. Von besonderer Bedeutung sind hier u. a. die Richtlinienvorschläge zum Gesellschaftsrecht und zum Insolvenz- und Entschuldungsverfahren sowie der Richtlinienvorschlag über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher. Auch die Verhandlungen über Vorschläge, die darauf abzielen, eine effektive Strafverfolgung im digitalen Zeitalter sowie eine bessere Bekämpfung des Terrorismus zu gewährleisten, sollen nach Ansicht der KOM prioritär zum Abschluss gebracht werden. Hierzu zählen die Verordnungsvorschläge zum grenzüberschreitenden Zugang der Strafverfolgungsbehörden zu elektronischen Beweismitteln sowie der Vorschlag der KOM, das Mandat der Europäischen Staatsanwaltschaft auf die Bekämpfung des grenzüberschreitenden Terrorismus zu erweitern.

Nachdem die KOM das Rechtsstaatlichkeitsverfahren gegen zwei Mitgliedstaaten eingeleitet hat und Rechtsstaatlichkeitsbedenken auch im Hinblick auf weitere Mitgliedstaaten erhoben worden sind, erachtet es die KOM für notwendig, mehr zu tun, um die Rechtsstaatlichkeit in der EU aufrechtzuerhalten und durchzusetzen. Sie beabsichtigt, den 2014 geschaffenen Rechtsstaatlichkeitsrahmen mittels einer nichtlegislativen Initiative zu stärken.

Annex I: Neue Initiativen

Nr. AP KOM	Bezeichnung	Gegenstand und Ziele
Nr. 12	Rechtsstaatlichkeit	Weiterer Ausbau des EU-Rahmens zur Stärkung des Rechtsstaatlichkeitsprinzips von 2014 (nicht legislativ, Q1/2019).

Annex III: Vorrangige anhängige Vorschläge			
Nr. AP KOM	Bezeichnung	Voller Titel	Referenz
Nr. 41	Paket zum Gesellschaftsrecht	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2017/1132/EU im Hinblick auf den Einsatz digitaler Werkzeuge und Verfahren im Gesellschaftsrecht.	COM/2018/239 final - 2018/0113 (COD)
Nr. 42	Insolvenz- und Entscheidungsverfahren	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2017/1132/EU in Bezug auf grenzüberschreitende Umwandlungen, Verschmelzungen und Spaltungen.	COM/2018/241 final - 2018/0114 (COD)
Nr. 64	Verbraucherschutz	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über präventive Restrukturierungsrahmen, die zweite Chance und Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz von Restrukturierungs-, Insolvenz- und Entscheidungsverfahren und zur Änderung der Richtlinie 2012/30/EU.	COM/2016/723 final - 2016/0359 (COD)
Nr. 66	Vorschlag zum Schutz von Hinweisgebern	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG.	COM/2018/184 final - 2018/0089 (COD)
Nr. 67	Europäische Herausgabeanordnungen und Sicherungsanordnungen für elektronische Beweismittel in Strafsachen	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden.	COM/2018/218 final - 2018/0106 (COD)
Nr. 68	Europäisches Strafregisterinformationssystem	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Europäische Herausgabeanordnungen und Sicherungsanordnungen für elektronische Beweismittel in Strafsachen.	COM/2018/225 final - 2018/0108 (COD)
Nr. 70	Zivil- und Handelssachen	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung des Rahmenbeschlusses 2009/315/JI des Rates im Hinblick auf den Austausch von Informationen über Drittstaatsangehörige und das Europäische Strafregisterinformationssystem (ECRIS) und zur Ersetzung des Beschlusses 2009/316/JI des Rates.	COM/2016/7 final - 2016/0002 (COD)
		Vorschlag für eine Verordnung 1393/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über	COM/2018/379 final - 2018/0204 (COD)

Nr. AP KOM	Bezeichnung	Voller Titel	Referenz
		die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten.	
Nr. 71	Mehrjähriger Finanzrahmen	<p>Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung 1206/2001/EG des Rates vom 28. Mai 2001 über die Zusammenarbeit zwischen den Gerichten der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Beweisaufnahme in Zivil- oder Handelssachen.</p> <p>Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Schutz des Haushalts der Union im Falle von generellen Mängeln in Bezug auf das Rechtsstaatsprinzip in den Mitgliedstaaten.</p> <p>Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Aufstellung des Programms „Rechte und Werte“.</p> <p>Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Aufstellung des Programms „Justiz“.</p>	<p>COM/2018/378 final - 2018/0203 (COD)</p> <p>COM/2018/324 final - 2018/0136 (COD)</p> <p>COM/2018/383 final - 2018/0207 (COD)</p> <p>COM/2018/384 final - 2018/0208 (COD)</p>

5. Politikbereich „Inneres“

Die Themen Migration und innere Sicherheit sollen in den kommenden Monaten auf EU-Ebene weiterhin Priorität haben. Im Vordergrund wird dabei der Abschluss der Verhandlungen über die Vorschläge der KOM zur Umsetzung der Europäischen Migrationsagenda sowie der Agenda für eine EU-Sicherheitsunion stehen.

Im Bereich Migration geht es dabei vor allem um die Erzielung einer Einigung über die zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) vorgelegten Gesetzesvorschläge. Schwierigkeiten bereiten gegenwärtig insbesondere noch die Verhandlungen über die Reform der Dublin III-Verordnung sowie über den Vorschlag für eine Asylverfahrensverordnung. Ein weiteres Augenmerk wird ferner auf der Stärkung des Schutzes der EU-Außengrenzen sowie der Erhöhung der Rückführungszahlen im Hinblick auf ausreisepflichtige Migranten liegen: Die Vorschläge zur Reform der Rückführungsrichtlinie und zur Stärkung der Kapazitäten der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache sollen zügig verabschiedet werden.

Die Vollendung der EU-Sicherheitsunion zur besseren Bekämpfung von schwerer organisierter Kriminalität und Terrorismus soll vor allem durch eine Einigung über die Vorschläge zur Herstellung der Interoperabilität der EU-Informationsaustauschsysteme, zur Vermarktung von Ausgangsstoffen für Explosivstoffe sowie zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte vorangebracht werden. Besondere Bedeutung kommt darüber hinaus der Annahme des Vorschlags zur Überarbeitung des Schengener Grenzcodex zur Stärkung des Schutzes des Schengen-Raums zu.

Annex I: Neue Initiativen

Nr. AP KOM	Bezeichnung	Gegenstand und Ziele
Nr. 13	Umsetzung der gemeinsamen Visumpolitik	Mitteilung über die Gegenseitigkeit im Bereich der Visumpolitik (nicht legislativ, Q4/2018).
Nr. 14	Visumpolitik – Vorbereitung auf den Brexit	Vorschlag zur Aufnahme des Vereinigten Königreichs in die Liste der Drittländer mit Visumpflicht oder in die Liste der von der Visumpflicht befreiten Länder (legislativ, Artikel 77 Absatz 2 AEUV, Q4/2018) (Vorbereitungen auf den Brexit).

Annex III: Vorrangige anhängige Vorschläge

Nr. AP KOM	Bezeichnung	Voller Titel	Referenz
Nr. 58	Vermarktung und Verwendung von Ausgangsstoffen für Explosivstoffe	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Vermarktung und Verwendung von Ausgangsstoffen für Explosivstoffe, zur Änderung von Anhang XVII der Verordnung 1907/2006/EG und zur Aufhebung der Verordnung 98/2013/EU über die Vermarktung und Verwendung von Ausgangsstoffen für Explosivstoffe.	COM/2018/209 final - 2018/0103 (COD)
Nr. 59	Verwendung von finanziellen und sonstigen Informationen zur Verhütung, Untersuchung oder Verfolgung bestimmter Straftaten	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung von Vorschriften zur Erleichterung der Nutzung von Finanz- und sonstigen Informationen für die Verhütung, Aufdeckung, Untersuchung oder Verfolgung bestimmter Straftaten und zur Aufhebung des Beschlusses 2000/642/JI des Rates.	COM/2018/213 final - 2018/0105 (COD)
Nr. 60	Bekämpfung von Betrug und Fälschung im Zusammenhang mit unbaren Zahlungsmitteln	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Bekämpfung von Betrug und Fälschung im Zusammenhang mit unbaren Zahlungsmitteln und zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2001/413/JI des Rates.	COM/2017/489 final - 2017/0226 (COD)
Nr. 61	Interoperabilität zwischen EU-Informationssystemen	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Errichtung eines Rahmens für die Interoperabilität zwischen EU-Informationssystemen (Grenzen und Visa) und zur Änderung der Entscheidung 2004/512/EG des Rates, der Verordnung 767/2008/EG, des Beschlusses 2008/633/JI des Rates, der Verordnung 2016/399/EU und der Verordnung 2017/2226/EU.	COM/2017/793 final - 2017/0351 (COD)
Nr. 62	Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Errichtung eines Rahmens für die Interoperabilität zwischen EU-Informationssystemen (polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit, Asyl und Migration).	COM/2017/794 final - 2017/0352 (COD)
Nr. 63	Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte.	COM/2018/640 final - 2018/0331 (COD)
Nr. 65	Katastrophenschutzverfahren der Union	Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung des Beschlusses 1313/2013/EU über ein Katastrophenschutzverfahren der Union.	COM/2017/772 final - 2017/0309 (COD)
Nr. 65	Erhöhung der Sicherheit der Personalausweise	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Erhöhung der Sicherheit der Personalausweise von Unionsbürgern und der Aufenthaltsdokumente, die Unionsbürgern und ihren Familienangehörigen in Ausübung ihres Rechts auf Freizügigkeit ausgestellt werden.	COM/2018/212 final - 2018/0104 (COD)
Nr. 72	Visakodex	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung 810/2009/EG über einen Visakodex der Gemeinschaft (Visakodex).	COM/2018/252 final - 2018/0061 (COD)

Nr. AP KOM	Bezeichnung	Voller Titel	Referenz
Nr. 73	Visa-Informationssysteme	Vorschlag für Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung 767/2008/EG, der Verordnung 810/2009/EG, der Verordnung 2017/2226/EU, der Verordnung 2016/399/EU, der Verordnung 2018/XX/EU [Interoperabilitäts-Verordnung] und der Entscheidung 2004/512/EG sowie zur Aufhebung des Beschlusses 2008/633/JI des Rates.	COM/2018/302 final - 2018/0152 (COD)
Nr. 75	Vorübergehende Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung 2016/399/EU in Bezug auf die Vorschriften über die vorübergehende Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen.	COM/2017/571 final - 2017/0245 (COD)
Nr. 76	Europäische Grenz- und Küstenwache	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Europäische Grenz- und Küstenwache und zur Aufhebung der Gemeinsamen Aktion 98/700/JHA des Rates, der Verordnung 1052/2013/EU des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung 2016/1624/EU des Europäischen Parlaments und des Rates.	COM/2018/631 final - 2018/0330 (COD)
Nr. 77	Rückführungspolitik	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Normen und Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger (Neufassung).	COM/2018/634 final - 2018/0329 (COD)
Nr. 78	Einreise und Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer umfassenden Qualifikation (Vorschlag zur Einführung einer „Blue Card“)	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer umfassenden Qualifikation voraussetzenden Beschäftigung.	COM/2016/378 final - 2016/0176 (COD)
Nr. 79	Gemeinsames Europäisches Asylsystem	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Asylagentur der Europäischen Union und zur Aufhebung der Verordnung 439/2010/EU. Geänderter Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Asylagentur der Europäischen Union und zur Aufhebung der Verordnung 439/2010/EU.	COM/2016/271 final COM/2018/633 final - 2016/0131 (COD)
		Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Einrichtung von Eurodac für den Abgleich von Fingerabdruckdaten zum Zwecke der effektiven Anwendung der [Verordnung 604/2013/EU zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist], für die Feststellung der Identität illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger oder Staatenloser und über der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung dienende Anträge der Ge-	COM/2016/272 final - 2016/0132 (COD)

Nr. AP KOM	Bezeichnung	Voller Titel	Referenz
		<p>fahrenabwehr- und Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten und Europol auf den Abgleich mit Eurodac-Daten (Neufassung).</p> <p>Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist (Neufassung).</p> <p>Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung von Normen für die Aufnahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen (Neufassung).</p> <p>Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Normen für die Anerkennung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz, für einen einheitlichen Status für Flüchtlinge oder für Personen mit Anspruch auf subsidiären Schutz und für den Inhalt des zu gewährenden Schutzes sowie zur Änderung der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen.</p> <p>Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung eines gemeinsamen Verfahrens zur Gewährung internationalen Schutzes in der Union und zur Aufhebung der Richtlinie 2013/32/EU.</p> <p>Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Asyl- und Migrationsfonds.</p> <p>Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Fonds für die innere Sicherheit.</p>	<p>COM/2016/270 final - 2016/0133 (COD)</p> <p>COM/2016/465 final - 2016/0222 (COD)</p> <p>COM/2016/466 final - 2016/0223 (COD)</p> <p>COM/2016/467 final - 2016/0224 (COD)</p> <p>COM/2018/471 final - 2018/0248 (COD)</p> <p>COM/2018/472 final - 2018/0250 (COD)</p>
Nr. 80	Mehrfähriger Finanzrahmen		

6. Politikbereich „Bildung, Jugend und Kultur“

Für die Bereiche Bildung, Jugend und Kultur wurden keine neuen Initiativen angekündigt. Im Vordergrund werden hier die Bemühungen um die Erzielung einer Einigung über die für den Zeitraum 2021 bis 2027 vorgelegten Förderprogrammvorschlüsse Erasmus und Kreatives Europa sowie für das Europäische Solidaritätskorps stehen.

Annex III: Vorrangige anhängige Vorschläge			
Nr. AP KOM	Bezeichnung	Voller Titel	Referenz
Nr. 5	Mehrfähriger Finanzrahmen	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Aufstellung des Programms für das Europäische Solidaritätskorps und zur Aufhebung der [Verordnung über das Europäische Solidaritätskorps] und der Verordnung 375/2014/EU. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das Programm Kreatives Europa (2021 bis 2027) und zur Aufhebung der Verordnung 1295/2013/EU. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung von „Erasmus“, dem Programm der Union für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport, und zur Aufhebung der Verordnung 1288/2013/EU.	COM/2018/440 final - 2018/0230 (COD) COM/2018/366 final - 2018/0190 (COD) COM/2018/367 final - 2018/0191 (COD)

7. Politikbereich „Digitaler Binnenmarkt und Medien“

In Umsetzung der im Mai 2015 präsentierten Strategie für einen digitalen Binnenmarkt für Europa wurden von der KOM dreißig Gesetzesinitiativen vorgelegt, von denen zwölf gegenwärtig noch vom Rat und vom Europäischen Parlament verhandelt werden. Diese sollen zügig zum Abschluss gebracht werden. Hierzu zählen u. a. die Richtlinienvorschläge über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Inhalte und des Warenhandels, der Richtlinienvorschlag zum Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt sowie der Verordnungsvorschlag über die Achtung des Privatlebens und den Schutz personenbezogener Daten in der elektronischen Kommunikation.

Der technologische und digitale Wandel und die damit einhergehenden Herausforderungen werden die KOM auch in den kommenden Monaten beschäftigen. Sie beabsichtigt, noch im Dezember dieses Jahres einen Plan für ein koordiniertes Vorgehen zur Förderung der Entwicklung künstlicher Intelligenz in der gesamten EU vorzulegen. Zeitgleich soll zudem ein Aktionsplan für ein besseres Vorgehen gegen die Verbreitung von Desinformation präsentiert werden. Um die Digitalisierung öffentlicher Dienste voranzutreiben, plant die KOM, Anfang des kommenden Jahres eine Empfehlung für die Festlegung eines Formats für den Austausch von europäischen elektronischen Patientenakten vorzulegen. Hierdurch soll der grenzüberschreitende Austausch von Patientendaten erleichtert werden.

Annex I: Neue Initiativen

Nr. AP KOM	Bezeichnung	Gegenstand und Ziele
Nr. 3	Vollendung des digitalen Binnenmarkts	<p>Dieses Maßnahmenpaket umfasst</p> <ul style="list-style-type: none"> • eine Mitteilung „Koordinierter Plan zur Entwicklung künstlicher Intelligenz in Europa“ (nicht legislativ, Q4/2018); • eine Mitteilung „Aktionsplan gegen Desinformation“ (nicht legislativ, Q4/2018); • eine Empfehlung der KOM zur Entwicklung eines europäischen Austauschformats für elektronische Patientenakten (nicht legislativ, Q1/201).

Annex III: Vorrangige anhängige Vorschläge

Nr. AP KOM	Bezeichnung	Voller Titel	Referenz
Nr. 5	Mehrjähriger Finanzrahmen	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung der Fazilität „Connecting Europe“ und zur Aufhebung der Verordnungen 1316/2013/EU und 283/2014/EU.	COM/2018/438 final - 2018/0228 (COD)
Nr. 8	Digitale Verträge	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Aufstellung des Programms „Digitales Europa“ für den Zeitraum 2021 – 2027. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Inhalte.	COM/2018/434 final - 2018/0227 (COD) COM/2015/0634 final - 2015/0287 (COD)
Nr. 10	Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors (Neufassung)	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte des Online-Warenhandels und anderer Formen des Fernabsatzes von Waren.	COM/2015/0635 final - 2015/0288 (COD)
Nr. 11	Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors (Neufassung).	COM/2018/234 final - 2018/0111 (COD)
Nr. 12	Achtung des Privatlebens und Schutz personenbezogener Daten in der elektronischen Kommunikation	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten.	COM/2018/238 final - 2018/0112 (COD)
Nr. 13	Cybersicherheit	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Achtung des Privatlebens und den Schutz personenbezogener Daten in der elektronischen Kommunikation und zur Aufhebung der Richtlinie 2002/58/EG. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die „EU-Cybersicherheitsagentur“ (ENISA) und zur Aufhebung der Verordnung 526/2013/EU sowie über die Zertifizierung der Cybersicherheit von Informations- und Kommunikationstechnik. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Europäischen Kompetenzzentrums für Cybersicherheit in Industrie, Technologie	COM/2017/10 final - 2017/0003 (COD) COM/2017/477 final - 2017/0225 (COD) COM/2018/630 final - 2018/0328 (COD)

Nr. AP KOM	Bezeichnung	Voller Titel	Referenz
Nr. 14	Urheberrechtspaket	<p>und Forschung und des Netzes nationaler Koordinierungszentren.</p> <p>Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt.</p> <p>Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit Vorschriften für die Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten in Bezug auf bestimmte Online-Übertragungen von Rundfunkveranstaltern und die Weiterverbreitung von Fernseh- und Hörfunkprogrammen.</p>	<p>COM/2016/593 final - 2016/0280 (COD)</p> <p>COM/2016/594 final - 2016/0284 (COD)</p>

8. Politikbereich „Energie, Klima und Umwelt“

Das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2019 sieht vor, derzeitig noch laufende Verhandlungen zu Dossiers im Rahmen des Winterpakets und der Kreislaufwirtschaft zügig zum Abschluss zu bringen. Besonders wegweisend wird die Strategie hinsichtlich der europäischen Klimaziele 2050 (Strategie zur langfristigen Verringerung der Treibhausgasemissionen der EU nach Maßgabe des Übereinkommens von Paris (im Vorfeld der Klimakonferenz in Kattowitz vom 3. bis 14. Dezember)) sein, die derzeit von der Europäischen Kommission ausgearbeitet wird. Bereits im Vorfeld haben sich die Staats- und Regierungschefs bei einem Gipfeltreffen im Oktober 2018 für ambitioniertere Ziele ausgesprochen. Im Arbeitsprogramm wird kurz darauf hingewiesen, dass die derzeit ausgegebenen Reduktionsziele nicht mit den Vorgaben aus dem Pariser Abkommen vereinbar seien. Beim Winterpaket sind noch vier Dossiers offen (Annex 3, Nr. 18), die derzeit in den Trilogverhandlungen befindlich sind und deren Abschluss Ende dieses Jahres oder für Anfang 2019 vorgesehen ist.

Annex I: Neue Initiativen		
Nr. AP KOM	Bezeichnung	Gegenstand und Ziele
Nr. 2	Eine nachhaltige Zukunft Europas	Reflexionspapier „Auf dem Weg zu einem nachhaltigen Europa bis 2030 – Follow-up der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung einschließlich des Pariser Klimaschutzübereinkommens“ (nicht legislativ, Q4/2018)
Nr. 4	Umsetzung des Pariser Übereinkommens	Strategie zur langfristigen Verringerung der Treibhausgasemissionen der EU nach Maßgabe des Übereinkommens von Paris (im Vorfeld der Klimakonferenz in Kattowitz vom 3. bis 14. Dezember) (nicht legislativ, Q4/2018)
Nr. 5	Vollendung der Energieunion	Vierter Bericht über die Lage der Energieunion (nicht legislativ, Q1/2019); Bericht über den Strategischen Aktionsplan für Batterien (nicht legislativ, Q1/2019)
Nr. 6	Zukunft der Energie- und Klimaschutzpolitik	Wege zu einem neuen institutionellen Rahmen für die Energie- und Klimapolitik der EU bis 2025; Möglichkeiten für eine verstärkte Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit und für eine Reform des Euratom-Vertrags (nicht legislativ, Q1/2019)
Nr. 7	Energieeffizienzziele – Vorbereitung auf den Brexit	Vorschlag zur Anpassung der Bezugnahmen auf die Energieeffizienzziele der EU (ausgedrückt in absoluten Werten) bis 2030 an die EU mit 27 Mitgliedstaaten (legislativ, Artikel 194 AEUV, Q4/2018) (Vorbereitungen auf den Brexit)

Annex II: REFIT-Initiativen			
Nr. AP KOM	Bezeichnung	Voller Titel	Referenz
Nr. 1	Eignungsprüfung der Wasser- rahmenrichtlinie und der Hochwasserrichtlinie in Ver- bindung mit der Bewertung der Richtlinie über die Behand- lung von kommunalem Ab- wasser	Die Wasserrahmenrichtlinie (2000/60/EG) ist das umfassendste Instrument im Bereich der EU-Wasserpolitik; ihr Hauptziel ist der Schutz der Wasserressourcen der EU sowie deren guter Zustand. Im Zuge der Eignungsprüfung werden neben dieser Richtlinie zwei weitere, direkt mit dieser in Verbindung stehende Richtlinien (Richtlinie 2006/118/EG zum Schutz des Grundwassers und Richtlinie 2008/105/EG über Umweltqualitätsnormen) sowie die Hochwasserrichtlinie (2007/60/EG) evaluiert, die maßgeblich zur Einführung eines unions- weiten Risikomanagementkonzepts für Überschwemmungen beigetragen hat. Die Richtlinie 91/271/EWG über die Behandlung von kommunalem Abwasser ist eng mit der Wasser- rahmenrichtlinie verbunden, da sie maßgeblich zur Erreichung derer Ziele beiträgt.	(2000/60/EG), (2006/118/EG), (2007/60/EG), (91/271/EWG)
Nr. 2	Eignungsprüfung der Luftqua- litätsrichtlinien	Im Zuge dieser Eignungsprüfung, die 2019 abgeschlossen sein dürfte, wird die Leistung der beiden EU-Luftqualitätsrichtlinien (2008/50/EG und 2004/107/EG) geprüft. Mit diesen Richtlinien werden EU-weit verbindliche Luftqualitätsnormen und weitere Anforderungen festgelegt, um zu gewährleisten, dass die Mitgliedstaaten die Luftqualität in ihrem Hoheits- gebiet in harmonisierter und vergleichbarer Weise überwachen und bewerten.	(2008/50/EG), (2004/107/EG)
Nr. 3	Bewertung der Abfallverbrin- gungsverordnung	Im Zuge der Bewertung der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 werden alle Aspekte geprüft, die im Zusammenhang mit der Umsetzung der Verordnung stehen, einschließlich der Frage des illegalen Handels mit Abfallprodukten. Die Bewertung stellt zudem eine Reaktion auf die am 19. März 2018 angenommene Stellungnahme der REFIT-Plattform zu den Vorlä- gen IX.3.a-c dar, in der die REFIT-Plattform ihre Ansicht darlegt, dass weitere Arten von Abfällen der grünen Liste hinzugefügt werden sollten, und die Herausforderungen für Un- ternehmen hervorhebt, die aus der obligatorischen Registrierung von Abfallbeförderern in den Mitgliedstaaten resultieren.	Verordnung (EG) Nr. 1013/2006

Annex III: Vorrangige anhängige Vorschläge

Nr. AP KOM	Bezeichnung	Voller Titel	Referenz
Nr. 1	Paket zur Kreislaufwirtschaft	<p>Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (Neufassung)</p> <p>Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Mindestanforderungen für die Wasserwiederverwendung</p> <p>Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt</p>	<p>COM(2017) 753 final 2017/0332 (COD) 1.2.2018</p> <p>COM(2018) 337 final 2018/0169 (COD) 28.5.2018</p> <p>COM(2018) 340 final 2018/0172 (COD) 30.5.2018</p>
Nr. 3	Angleichung der Berichterstattungspflichten im Bereich der Umweltpolitik	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Angleichung der Berichterstattungspflichten im Bereich der Umweltpolitik und zur Änderung der Richtlinien 86/278/EWG, 2002/49/EG, 2004/35/EG, 2007/2/EG, 2009/147/EG und 2010/63/EU, der Verordnungen (EG) Nr. 166/2006 und (EU) Nr. 995/2010 sowie der Verordnungen (EG) Nr. 338/97 und (EG) Nr. 2173/2005 des Rates	COM(2018) 381 final 2018/0205 (COD) 31.5.2018
Nr. 5	Mehrjähriger Finanzrahmen	Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Festlegung eines spezifischen Finanzierungsprogramms für die Stilllegung kerntechnischer Anlagen und die Entsorgung radioaktiver Abfälle und zur Aufhebung der Verordnung (Euratom) Nr. 1368/2013 des Rates	COM(2018) 466 final 2018/0251 (NLE) 13.6.2018
Nr. 15	Paket zu Mobilität und Klimaschutz	<p>Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Aufstellung des Programms für die Umwelt und Klimapolitik (LIFE) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1293/2013</p> <p>Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung von CO₂-Emissionsnormen für neue schwere Nutzfahrzeuge</p> <p>Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festsetzung von Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen und neue leichte Nutzfahrzeuge im Rahmen des Gesamtkonzepts der Union zur Verringerung der CO₂-Emissionen von</p>	<p>COM(2018) 385 final 2018/0209 (COD) 1.6.2018</p> <p>COM(2018) 284 final 2018/0143 (COD) 17.5.2018</p> <p>COM(2017) 676 final 2017/0293 (COD)</p>

Nr. AP KOM	Bezeichnung	Voller Titel	Referenz
		Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 (Neufassung)	8.11.2017
Nr. 16		Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2009/33/EG über die Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenzüge	COM(2017) 653 final 2017/0291 (COD) 8.11.2017
Nr. 17	Gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt: Rohrleitungen, die aus Drittländern oder in Drittländern führen	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2009/73/EG über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt	COM(2017) 660 final 2017/0294 (COD) 8.11.2017
Nr. 18	Paket „Saubere Energie“	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Risikoprüfung im Elektrizitätssektor und zur Aufhebung der Richtlinie 2005/89/EG	COM(2016) 862 final 2016/0377 (COD) 30.11.2016
		Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Gründung einer Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (Neufassung)	COM(2016) 863 final 2016/0378 (COD) 30.11.2016
		Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Elektrizitätsbinnenmarkt (Neufassung)	COM(2016) 861 final 2016/0379 (COD) 30.11.2016
		Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates mit gemeinsamen Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt (Neufassung)	COM(2016) 864 final 2016/0380 (COD) 30.11.2016
Nr. 21	Paket zum nachhaltigen Finanzwesen	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen	COM(2018) 353 final 2018/0178 (COD) 24.5.2018
		Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2016/1011 in Bezug auf Referenzwerte für CO2-arme Investitionen und Referenzwerte für Investitionen mit günstiger CO2-Bilanz	COM(2018) 355 final , 2018/0180 (COD) 24.5.2018

9. Politikbereich „Gesundheit und Verbraucherschutz“

Im Bereich Gesundheit will die KOM zwei neue nicht-legislative Initiativen verfolgen: eine Mitteilung zu einem umfassenden Europäischen Rahmen für endokrine Disruptoren (Q4 2018) und eine Empfehlung zur Etablierung eines Formats für europäische elektronische Patientenakten (Q1 2019). Im Bereich Verbraucherschutz sind keine neuen Initiativen zu verzeichnen. Der Fokus liegt hier auf der Umsetzung des Legislativpaktes „Neugestaltung der Rahmenbedingungen für die Verbraucher“, das neben einer Änderungsrichtlinie der Richtlinie 2009/22/EG über Unterlassungsklagen zum Schutz der Verbraucherinteressen auch eine Richtlinie zur Änderung von vier bestehenden Verbraucherschutzrichtlinien umfasst. Der Legislativvorschlag soll nach Vorstellung der KOM noch vor den Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 angenommen werden.

Annex I: Neue Initiativen		
Nr. AP KOM	Bezeichnung	Gegenstand und Ziele
Nr. 3	Vollendung des Digitalen Binnenmarktes	Empfehlung zur Etablierung eines Formats für europäische elektronische Patientenakten (nicht legislativ, Q1 2019)
Nr. 9	Gesundheitsschutz	Mitteilung zu einem umfassenden Europäischen Rahmen für endokrine Disruptoren (nicht legislativ, Q4 2018)

Annex II: REFIT-Initiativen			
Nr. AP KOM	Bezeichnung	Voller Titel	Referenz
Annex 2, Nr. 10	Verbraucherkreditverträge und Fernabsatz von Finanzdienstleistungen an Verbraucher	Die Evaluation der Richtlinie 2008/48/EG und der Richtlinie 2002/65/EG wird die Funktionsweise von Verbraucherkreditverträgen und den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen an Verbraucher untersuchen.	RL 2008/48/EG RL 2002/65/EG

Annex III: Vorrangige anhängige Vorschläge			
Nr. AP KOM	Bezeichnung	Voller Titel	Referenz
Nr. 29	Transparenz und Nachhaltigkeit der EU-Risikobewertung in der Lebensmittelkette	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Transparenz und Nachhaltigkeit der EU-Risikobewertung im Bereich der Lebensmittelkette und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 [allgemeines Lebensmittelrecht], der Richtlinie 2001/18/EG [absichtliche Freisetzung von GVO in die Umwelt], der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 [genetisch veränderte Lebens- und Futtermittel], der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 [Futtermittelzusatzstoffe], der Verordnung (EG) Nr. 2065/2003 [Raucharomen], der Verordnung (EG) Nr. 1935/2004 [Lebensmittelkontaktmaterialien], der Verordnung (EG) Nr. 1331/2008 [einheitliches Zulassungsverfahren für Lebensmittelzusatzstoffe, -enzyme und -aromen], der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 [Pflanzenschutzmittel] und der Verordnung (EU) 2015/2283 [neuartige Lebensmittel]	COM(2018)179 final 2018/0088 (COD) 11.04.2018
Nr. 37	Ergänzendes Schutzzertifikat für Arzneimittel	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 469/2009 über das ergänzende Schutzzertifikat für Arzneimittel	COM(2018)317 final 2018/0161 (COD) 28.05.2018
Nr. 64	Verbraucherschutz	Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 93/13/EWG des Rates vom 5. April 1993, der Richtlinie 98/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zur besseren Durchsetzung und Modernisierung der EU-Verbraucherschutzvorschriften	COM(2018)185 final 2018/0090 (COD) 11.04.2018

10. Politikbereich „Wissenschaft und Forschung“

Für den Bereich Wissenschaft und Forschung wurden keine neuen Initiativen angekündigt. Die wichtigsten Maßnahmen wurden hier bereits 2018 begonnen. Die KOM wird ihre Anstrengungen weiter auf die zügige Verabschiedung der Verordnung über das nächste Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont Europa“ sowie auf den Beschluss über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms legen. Der Legislativvorschlag soll noch vor den Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 angenommen werden.

Annex III: Vorrangige anhängige Vorschläge			
Nr. AP KOM	Bezeichnung	Voller Titel	Referenz
Nr.5	Mehrjähriger Finanzrahmen	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont Europa“ sowie über die Regeln für die Beteiligung und die Verbreitung der Ergebnisse Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont Europa“ Vorschlag für eine Verordnung des Rates über das Programm der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschung und Ausbildung (2021-2025) in Ergänzung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont Europa“	COM(2018)435 final 2018/0224 (COD) 07.06.2018 COM(2018)436 final 2018/0225 (COD) 07.06.2018 COM(2018)437 final 2018/0226 (NLE) 07.06.2018

11. Politikbereich „Fischerei“

Für den Bereich der Fischereipolitik sind keine neuen Initiativen angekündigt worden. Kern der Aktivitäten der KOM wird eine zügige Verabschiedung der 2018 vorgeschlagenen Verordnungen im Kontext des mehrjährigen Finanzrahmens für den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie die Dachverordnung (KOM(2018) 375 final) sein.

Annex III: Vorrangige anhängige Vorschläge			
Nr. AP KOM	Bezeichnung	Voller Titel	Referenz
Nr.2	Fischereiaufsicht	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1224/2009 des Rates und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 768/2005, (EG) Nr. 1967/2006, (EG) Nr. 1005/2008 des Rates und der Verordnung (EU) 2016/1139 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Fischereiaufsicht	COM(2018) 368 final 2018/0193 (COD) 30.5.2018
Nr. 5	Mehrfähriger Finanzrahmen	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 508/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit gemeinsamen Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds Plus, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit Haushaltsvorschriften für diese Fonds und für den Asyl- und Migrationsfonds, den Fonds für die innere Sicherheit und das Instrument für Grenzmanagement und Visa	COM(2018) 390 final 2018/0210 (COD) 12.6.2018 COM(2018) 375 final 2018/0196 (COD) 29.5.2018

12. Politikbereich „Beschäftigung und Soziales“

Für die Bereiche Beschäftigung und Soziales hat die KOM angekündigt, im Kontext der Initiative zur Steigerung der Effizienz der Binnenmarkt-Rechtsetzung auch einen nicht-legislativen Vorschlag zur Ermittlung möglicher Bereiche für einen verstärkten Übergang zur Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit im sozialpolitischen Bereich vorzulegen (Q1/2019). Im legislativen Bereich wird der Fokus auf dem möglichst schnellen Abschluss der Verfahren im Kontext des neuen Mehrjährigen Finanzrahmens gelegt. Dies beinhaltet den Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens zu dem neu aufgestellten Europäischen Sozialfonds Plus sowie die gemeinsame Dachverordnung (COM(2018) 375 final). Weitere vorrangig anhängige Vorschläge sind die Vorschläge im Kontext der sozialen Dimension Europas zur Errichtung einer Europäischen Arbeitsbehörde, der Richtlinienvorschlage über transparente und verlässliche Arbeitsbedingungen sowie der Vorschlag einer Verordnung zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit.

Annex I: Neue Initiativen		
Nr. AP KOM	Bezeichnung	Gegenstand und Ziele
Nr. 10	Steigerung der Effizienz der Binnenmarkt-Rechtsetzung	Eine effizientere Rechtsetzung im sozialpolitischen Bereich: Ermittlung möglicher Bereiche für einen verstärkten Übergang zur Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit (nicht legislativ, Q1/2019)

Annex II: REFIT-Initiativen			
Nr. AP KOM	Bezeichnung	Voller Titel	Referenz
Nr. 9	Bewertung der Richtlinie über gleiches Entgelt bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit	Im Zuge der Bewertung der Richtlinie 2006/54/EG wird untersucht, wie die bestehenden Rechtsvorschriften zur Entgeltgleichheit in der Praxis funktioniert haben, welche Ansätze in den EU-Mitgliedstaaten umgesetzt worden sind, wie wirksam diese durchgesetzt werden und inwieweit ihre ursprünglichen Ziele erreicht wurden.	2006/54/EG

Annex III: Vorrangige anhängige Vorschläge			
Nr. AP KOM	Bezeichnung	Voller Titel	Referenz
Nr.5	Mehrfähriger Finanzrahmen	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+)	COM(2018) 380 final 2018/0202 (COD) 30.5.2018 COM(2018) 382 final 2018/0206 (COD) 30.5.2018
		Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit gemeinsamen Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds Plus, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit Haushaltsvorschriften für diese Fonds und für den Asyl- und Migrationsfonds, den Fonds für die innere Sicherheit und das Instrument für Grenzmanagement und Visa	COM(2018) 375 final 2018/0196 (COD) 29.5.2018
Nr. 18	Paket „Europa in Bewegung“	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/22/EG bezüglich der Durchsetzungsanforderungen und zur Festlegung spezifischer Regeln im Zusammenhang mit der Richtlinie 96/71/EG und der Richtlinie 2014/67/EU für die Entsendung von Kraftfahrern im Straßenverkehrssektor	COM(2017) 278 final 2017/0121 (COD) 31.5.2017

Nr. AP KOM	Bezeichnung	Voller Titel	Referenz
Nr. 30	Soziale Dimension des Binnenmarktes	<p>Vorschlag für Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Errichtung einer Europäischen Arbeitsbehörde</p> <p>Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über transparente und verlässliche Arbeitsbedingungen in der Europäischen Union</p> <p>Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige und zur Aufhebung der Richtlinie 2010/18/EU des Rates</p> <p>Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Gründung der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 1365/75 des Rates</p> <p>Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 zur Festlegung der Modalitäten für die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 (Text von Bedeutung für den EWR und die Schweiz)</p>	<p>COM(2018) 131 final 2018/0064 (COD) 13.3.2018</p> <p>COM(2017) 797 final 2017/0355 (COD) 21.12.2017</p> <p>COM(2017) 253 final 2017/0085 (COD) 26.4.2017</p> <p>COM(2016) 531 final 2016/0256 (COD) 23.8.2016</p> <p>COM(2016) 815 final 2016/0397 (COD) 13.12.2016</p>

13. Politikbereich „Landwirtschaft“

Auch für den Bereich der Landwirtschaft hat die KOM keine neuen Vorschläge angekündigt, stattdessen wird der Fokus der Arbeit auf einer zügigen Verabschiedung der Vorschläge für die Gemeinsame Agrarpolitik nach 2020 gelegt werden. Dies umfasst den Vorschlag über die Finanzierung, Verwaltung und Überwachung der Gemeinsamen Agrarpolitik, der Vorschlag für eine gemeinsame Marktorganisation sowie den Vorschlag für den ELER und die GAP-Strategiepläne.

Annex III: Vorrangige anhängige Vorschläge			
Nr. AP KOM	Bezeichnung	Voller Titel	Referenz
Nr.5	Mehrfähriger Finanzrahmen	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Finanzierung, Verwaltung und Überwachung der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1308/2013 über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse, (EU) Nr. 1151/2012 über Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel, (EU) Nr. 251/2014 über die Begriffsbestimmung, Beschreibung, Aufmachung und Etikettierung von aromatisierten Weinerzeugnissen sowie den Schutz geografischer Angaben für aromatisierte Weinerzeugnisse, (EU) Nr. 228/2013 über Sondermaßnahmen im Bereich der Landwirtschaft zugunsten der Regionen in äußerster Randlage der Union und (EU) Nr. 229/2013 über Sondermaßnahmen im Bereich der Landwirtschaft zugunsten der kleineren Inseln des Ägäischen Meeres	COM(2018) 393 final 2018/0217 (COD) 1.6.2018 COM(2018) 394 final 2018/0218 (COD) 1.6.2018
Nr. 36	Unlautere Handelspraktiken in den Geschäftsbeziehungen	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit Vorschriften für die Unterstützung der von den Mitgliedstaaten im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik zu erstellenden und durch den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) zu finanzierenden Strategiepläne (GAP-Strategiepläne) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates	COM(2018) 392 final 2018/0216 (COD) 1.6.2018
		Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über unlautere Handelspraktiken in den Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen in der	COM(2018) 173 final 2018/0082 (COD)

Nr. AP KOM	Bezeichnung	Voller Titel	Referenz
	zwischen Unternehmen in der Lebensmittelversorgungskette	Lebensmittelversorgungskette	12.4.2018

14. Politikbereich „Regionalpolitik“

Im Rahmen der Regionalpolitik hat die KOM keine neuen Vorschläge angekündigt; stattdessen werden die vorrangig anhängigen Vorschläge im Kontext des neuen Mehrjährigen Finanzrahmen für die Zeit nach 2020 behandelt. Dies betrifft u. a. die Verordnung für den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung, die gemeinsame Dachverordnung (COM(2018) 375 final) sowie die Verordnung für die Europäische Territoriale Zusammenarbeit (Interreg). Für Schleswig-Holstein kann darüber hinaus der Mechanismus zur Überwindung rechtlicher und administrativer Hindernisse in einem grenzüberschreitenden Kontext von Bedeutung werden.

Annex 3: Vorrangige anhängige Vorschläge			
Nr. AP KOM	Bezeichnung	Voller Titel	Referenz
Annex 3, Nr. 5	Mehrjähriger Finanzrahmen	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit gemeinsamen Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds Plus, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit Haushaltsvorschriften für diese Fonds und für den Asyl- und Migrationsfonds, den Fonds für die innere Sicherheit und das Instrument für Grenzmanagement und Visa	COM(2018) 375 final 2018/0196 (COD) 29.5.2018
		Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und den Kohäsionsfonds	COM(2018) 372 final 2018/0197 (COD) 30.5.2018
		Vorschlag für Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Mechanismus zur Überwindung rechtlicher und administrativer Hindernisse in einem grenzübergreifenden Kontext	COM(2018) 373 final 2018/0198 (COD) 29.5.2018
		Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über besondere Bestimmungen für das aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung sowie aus Finanzierungsinstrumenten für das auswärtige Handeln unterstützte Ziel „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ (Interreg)	COM(2018) 374 final 2018/0199 (COD) 29.5.2018